

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Osteuropaforschung in Deutschland – neue Tendenzen

Von Heike Dörrenbächer, Berlin

In eigener Sache

Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) ist mit über 850 Mitgliedern das größte Netzwerk von OsteuropaforscherInnen und -interessierten in Deutschland. Die DGO wurde 1913 von Prof. Dr. Otto Hoetzsch gegründet, um die Erforschung der Entwicklungen Osteuropas zu intensivieren und die deutsche Öffentlichkeit und Politik sachgerechter über die Prozesse in diesen Ländern zu informieren. Die DGO hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Die 850 Mitglieder sind in erster

Linie Hochschuldozenten, aber auch Multiplikatoren unterschiedlichster Berufe aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die DGO versteht sich als ein Forum für den Dialog zwischen Ost und West. Sie veranstaltet Tagungen und Konferenzen zu osteuroparelevanten Themen und hat die Aufgabe, Politik und Öffentlichkeit über aktuelle Entwicklungen in Osteuropa zu informieren. In der Gesellschaft sind acht Fachgruppen (Geographie, Geschichte, Pädagogik, Politik, Recht, Religion, Slavistik und Wirtschaft) vereint, so dass ein fächerübergreifender Dialog gefördert wird.

Dieser ist auch Bestandteil der Zeitschrift OSTEUROPA, dem wichtigsten Publikationsorgan für osteuropäische Fragen im deutschsprachigen Raum. Außerdem gibt die DGO zwei weitere Zeitschriften heraus: OSTEUROPA-RECHT und OSTEUROPA-WIRTSCHAFT. Die DGO hat eine Geschäftsstelle in Berlin und verfügt über ein bundesweites Netz von 26 Zweigstellen. Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der DGO ist die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch Tagungen, die in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und dem Ost-West-Kolleg in Brühl organisiert werden. Darüber hinaus ermutigt die DGO Nachwuchsautoren, in den drei Zeitschriften zu publizieren. (Für weitere Informationen über Struktur, Aufgaben und Ziele der Gesellschaft siehe auch: www.dgo-online.org.)

Neue Tendenzen in der Osteuropaforschung

Seit zwei Jahren erhält die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (DGO) immer wieder alarmierende Mitteilungen über finanzielle Kürzungen oder Stellenstreichungen, ja sogar über drohende Schließungen ganzer Institute. Eine der wichtigsten Institutionen der Osteuropaforschung, das „Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien“ (BIOst) in Köln ist aufgelöst worden. Von den ehemals 70 Beschäftigten (Wissenschaftlern, Mitarbeitern in der Bibliothek, Verwaltung, sonstiges Personal) ist die Mehrheit auf andere Bundesbehörden verteilt worden. Das wissenschaftliche Personal wurde z.T. in das aus dem BIOst und der Stiftung Wissenschaft und Politik fusionierte neue Forschungsinstitut für internationale Politik und Sicherheit überführt, das die Beschäftigung mit Ost- und Südosteuropa aber systematisch verringert hat. Das bedeutet eine immense Reduzierung von Osteuropakompetenz im Forschungsbereich und eine radikale Verschlechterung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Nachwuchsforscher mit einer Spezialisierung im Bereich Mittel- und Osteuropa. Auch an den Universitäten ist die Stellensituation für Osteuropaexperten nicht rosig. Lehrstühle mit einer Osteuropaorientierung werden oftmals nicht wiederbesetzt und umgewidmet. Das bedeutet, dass die Chance des wissenschaftlichen Nachwuchses auf Stellen als Hochschulassistenten oder wissenschaftliche Mitarbeiter an den Universitäten geringer geworden ist, von einem Eintritt in die Hochschullehrerlaufbahn ganz zu schweigen.

Seit der Wende 1989 hat sich die Vorstellung von einer potentiellen militärischen Bedrohung aus dem Osten nach und nach relativiert. Die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland bspw. haben schon im Kontext der deutschen Vereinigung ein hohes Niveau erreicht und haben sich seit dem Amtsantritt Putins noch weiter verbessert, nicht zuletzt durch Putins Deutschlandbesuch im vergangenen September. Doch offenbar führt die Verbesserung der Beziehungen zu Russland nicht zu einer Hochschulpolitik, die eine intensivere Beschäftigung mit Russland oder Osteuropa anstrebt. Im Bereich der Politik-

wissenschaft gibt es nach einer Umfrage der DGO aus dem Herbst 2000 lediglich 13 Lehrstühle bzw. Professuren mit einem Schwerpunkt Osteuropa in Forschung und Lehre in ganz Deutschland!¹ Dabei ist bekannt, dass von diesen zumindest ein Lehrstuhl nach Emeritierung seines Inhabers wegfallen wird, von einem weiteren ist bekannt, dass die Stelle mit einem anderen Bereich zusammengelegt werden wird und davon auszugehen ist, dass die Osteuropaorientierung ebenfalls entfällt.

Neue Themen in der Osteuropaforschung

Die Veränderung der politischen Verhältnisse seit 1989 wirkte sich auch auf die Inhalte der Osteuropaforschung aus. So ermöglichte die Öffnung der Archive den Historikern in den vergangenen Jahren neue Einblicke. Es erschienen mentalitätsgeschichtliche Arbeiten, neue Quellengattungen ermöglichten z.B. die Erforschung der Geschichte des Stalinismus im Alltag oder der sowjetischen Nationalitätenpolitik. Teilweise sind jedoch Archive in Osteuropa, insbesondere in Russland und in der Ukraine, wieder geschlossen worden, so dass der anfänglichen Euphorie der Forscher eine Reihe politischer und praktischer Hindernisse entgegen steht.² Im Bereich der Politikwissenschaft gewann die Analyse von Politikfeldern, die nicht originär Bestandteil der Osteuropaforschung waren, zunehmend an Bedeutung. Ein Beispiel hierfür ist die Energiewirtschaft, deren Bedeutung für internationale Vernetzung, aber auch für die Entwicklung in den Transformationsländern selbst immer deutlicher geworden ist. Neu ist, dass neben politischen Analysen z.B. empirische Arbeiten über Energiewirtschaft im Spannungsfeld der Transformation, über ihre Auswirkungen auf die Handlungsspielräume gesellschaftlicher Eliten, die außenpolitischen und internationalen Vernetzungen im europäischen und transatlantischen Kontext etc. entstanden sind. Kultur als Bestimmungsfaktor für Gesellschaft und Politik ist für die Osteuropaforschung ebenfalls ein relativ neues Thema. Es hat vor allem deshalb an Relevanz gewonnen, weil dieser Komplex möglicherweise Erklärungen bietet, warum bestimmte Transformationsmodelle in einigen Ländern erfolgreich waren, in anderen hingegen nicht. Die Interpretation der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa im Zusammenhang übergreifender Entwicklungen führt dazu, dass die Bedeutung der „Mutterwissenschaft“ zunimmt. Gefragt sind gute Qualifikationen als PolitikwissenschaftlerIn, ÖkonomIn oder HistorikerIn, die zusätzlich über sehr gute Sprachkenntnisse verfügen und sich mit Hilfe der wissenschaftlichen Methoden der Mutterdisziplin den Problemen osteuropäischer Entwicklungen annähern. So muss ein Wirtschaftswissenschaftler in erster Linie etwas von Konjunktur, Arbeitsmärkten etc. verstehen und diese Kenntnisse dann auch auf Polen, Russland und Kasachstan anwenden können. Regionalspezialisten sind zweifellos gefragt, aber nur, wenn sie eine solide Fachausbildung vorweisen können, die mit Sprach- und Länderkenntnissen verbunden ist.

Berufsperspektiven

Dies führt zu der Frage, welche Berufsperspektiven eröffnet die Beschäftigung mit Osteuropa? Wenn es gelingt, sehr gute Berufsqualifikationen in einem Fach mit Sprachkenntnissen, Auslands- und Praktikumserfahrung während des Studiums zu verknüpfen, sind diese sehr gut. Genau wie in vielen anderen Bereichen gilt es, eine breite Allgemeinbildung im Grundstudium und keine zu alltägliche Spezialisierung im Hauptstudium zu erwerben, die gegenüber der normalen Ausbildung absticht. Vor allzu engen orchideenhaften Spezialisierungen sei gewarnt, diese kann man sich auch noch später mit einer Dissertation erwerben.

Ein klares Berufsbild gibt es kaum. Dies hat jedoch auch viele Vorteile. Osteuropaexperten finden sich entgegen schlimmen Vorurteilen keineswegs vorrangig als Taxifahrer, sondern vielfach als Pressesprecher, Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten und in Stiftungen, als selbständige Unternehmensberater u.v.m. wieder. Phantasie und

Flexibilität sind gefragt. Die Berufsperspektiven sind jedoch dank der zusätzlichen Fähigkeiten, z.B. in Form von Sprachkenntnissen, besser als die von Sozialwissenschaftlern ohne spezifische Zusatzqualifikationen.

Heike Dörrenbächer ist Geschäftsführerin der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

-
- ¹ Auf diese Zahl kommt man nur, wenn man Lehrstühle für Internationale Beziehungen mitzählt, es handelt sich nicht etwa um Professuren für Osteuropastudien! (Berlin – Segbers, Essen – Haberl, Frankfurt/Main – Tatur, Frankfurt/Oder – Minkenberg, Hamburg – Pradetto, Halle – Rode, Heidelberg – Merkel, Jena – Hubel, Leipzig – Huber, Mannheim – Jahn, München – Mommsen, Tübingen – Meyer, Trier – Thaa).
 - ² Lindner, R./Creuzberger, S. Selektion der Vergangenheit. Archive und Archivpolitik im postsowjetischen Russland (Arbeitstitel/Buch in Vorbereitung. Voraussichtliches Erscheinungsjahr 2002).